

Positionspapier 2023/146

# Investitionen und Solidarität für den Aufbau grüner Industrien dringend erforderlich

## Stellungnahme von industriAll Europe zum Industrieplan für den Grünen Deal

Dokument in der 26. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet  
Brüssel, 30. Mai 2023 | 2023/146

IndustriAll European Trade Union fordert seit vielen Jahren eine durchsetzungsstarke europäische Industriestrategie mit ehrgeizigen Netto-Null-Klima- und Energiezielen, um den Erhalt und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in bestehenden und neu entstehenden Industriezweigen zu gewährleisten. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben endlich die Bedeutung der Industriepolitik erkannt.

Nach dem Vorbild der gewaltigen Investitionsprogramme anderer Länder für saubere Technologien – insbesondere des *Inflation Reduction Act* (Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate) in den USA – hat die Kommission im Februar 2023 einen neuen Industrieplan für den Grünen Deal vorgeschlagen, um die industrielle und energiepolitische Souveränität Europas zu stärken. Im März folgten Verordnungsentwürfe, die den Aufbau von Cleantech-Branchen in Europa fördern sollen und sich mit den dafür benötigten kritischen Rohstoffen befassen. Parallel zu diesen Initiativen wird in Europa darüber diskutiert, wie die für eine grüne industrielle Renaissance erforderlichen Investitionen bereitgestellt werden sollen. Das derzeitige Investitionsniveau – zweimal niedriger ist als im Jahr 2000 – ist nicht ausreichend, um den erforderlichen industriellen Wandel sicherzustellen. IndustriAll Europe fordert mit Nachdruck, dass die Haushaltsregeln genügend Spielraum für die Finanzierung des digitalen und grünen Übergangs lassen sollten. Eine Rückkehr zur Sparpolitik wäre sowohl für die Beschäftigten in der Industrie als auch für die EU-Ziele einer grünen Industrie katastrophal.

Dieses Positionspapier enthält sowohl unsere politische Analyse des Gesamtplans als auch der konkreten Vorschläge, die Bedenken hinsichtlich des Umfangs und der Strenge der sozialen Auflagen, der Gefahr der Deregulierung, der Kohärenz mit den Kohäsionszielen und der Auswirkungen auf die Menschenrechte sowohl in Europa als auch in Drittländern aufkommen lassen.<sup>1</sup>

### Der Industrieplan für den Grünen Deal im Überblick

Am 1. Februar 2023 nahm die Europäische Kommission eine Mitteilung an, in der sie ihre Vorschläge für einen Industrieplan für den Grünen Deal vorgestellt hat, mit dem die europäische Industrie auf das „klimaneutrale Zeitalter“ vorbereitet werden soll. Im Industrieplan für den Grünen Deal wird daher eine

---

<sup>1</sup> Obwohl der Industrieplan für den Grünen Deal der EU und die beiden Rechtsakte sehr stark auf das Thema Kompetenzen eingehen, behandeln wir diese Frage nicht, um Überschneidungen mit dem anderen Positionspapier von industriAll Europe zu vermeiden, das im Mai 2023 vom Exekutivausschuss verabschiedet werden soll: „Dringende Investitionen in Arbeitnehmer\*innen, Schulung und hochwertige Arbeitsplätze erforderlich, um den angespannten Arbeitsmarkt zu entlasten und den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beheben“.

Agenda zur Anpassung des Regelungsumfelds, zur verstärkten Mobilisierung von Finanzmitteln, zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und zur Aktualisierung der Handelspolitik aufgestellt. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte und mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates gebilligte Industrieplan für den Grünen Deal der EU stützt sich auf vier Säulen:

1. Mit „**einem vorhersehbaren, kohärenten und vereinfachten Regelungsumfeld**“ wird die industrielle Fertigung von sauberen Schlüsseltechnologien gefördert und der Zugang zu den entsprechenden Rohstoffen gesichert. Am 16. März 2023 legte die Europäische Kommission Legislativvorschläge zur Umsetzung dieser Ziele vor. Mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung sollen die Produktionskapazitäten für saubere Technologien ausgebaut werden, während die Verordnung über kritische Rohstoffe die Widerstandsfähigkeit in Bezug auf kritische Rohstoffe erhöhen soll.<sup>2</sup> Die Anlagen zu diesem Positionspapier enthalten eine detailliertere Analyse dieser Vorschläge.
2. Ein „**schnellerer Zugang zu Finanzmitteln**“ ist für den Aufbau einer Netto-Null-Industrie in Europa von entscheidender Bedeutung, während Drittstaaten massive Subventionen für die Cleantech-Industrie bereitstellen. Zusätzlich zu den bereits verfügbaren Finanzmitteln – 250 Mrd. EUR für grüne Technologien im Rahmen der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität und 100 Mrd. EUR für den grünen Wandel im Rahmen der Kohäsionspolitik – hat die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten durch eine Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)<sup>3</sup> und über den Befristeten Krisen- und Übergangsrahmen<sup>4</sup> mehr Flexibilität bei der Gewährung staatlicher Beihilfen für grüne Technologien eingeräumt. Es sei darauf hingewiesen, dass die überarbeiteten Vorschriften den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumen, Beihilfen in derselben Höhe wie Drittländer bereitzustellen, wenn ein Unternehmen in einem strategischen Sektor eine Verlagerung in ein Drittland in Erwägung zieht, sofern aus dieser Beihilfe ein grenzüberschreitender Nutzen resultiert. Um eine Verschärfung des regionalen Gefälles bei der Unterstützung der Industrie durch die Mitgliedstaaten zu vermeiden, werden auch die EU-Mittel aufgestockt. Bestehende Finanzierungsprogramme wie REPower EU, InvestEU und der Innovationsfonds werden weiter zur Unterstützung der Ziele des Industrieplans für den Grünen Deal genutzt. Bis Sommer 2023 soll die Europäische Kommission im Rahmen der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU einen Europäischen Souveränitätsfonds vorschlagen. Die Vollendung der Kapitalmarktunion und der EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen sollten dazu beitragen, private Mittel zur Schließung der Investitionslücke zu mobilisieren.
3. Die Säule „**bessere Kompetenzen**“ zielt darauf ab, den grünen Übergang „auf die Menschen ausgerichtet und inklusiv“ zu gestalten, aber auch „hochwertige Arbeitsplätze“ zu schaffen, „ohne dabei jemanden zurückzulassen“. Gleichzeitig gilt es, qualifizierte Arbeitskräfte für den Cleantech-Sektor zu sichern, der in Europa bereits boomt: 2019 wurden 4,5 Millionen grüne Arbeitsplätze geschaffen, im Jahr 2000 waren es noch 3,2 Millionen, und in den kommenden Jahren wird vor dem Hintergrund eines gravierenden Arbeitskräftemangels mit einem erheblichen Wachstum gerechnet. Die Europäische Kommission stellt ein breites Spektrum an Initiativen vor, die im Rahmen der Europäischen Kompetenzagenda entwickelt wurden, darunter den Europäischen Kompetenzpakt und das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023. Es werden Kompetenzpartnerschaften eingerichtet oder erweitert. „Net-Zero-Industry“-Akademien werden

---

<sup>2</sup> Am selben Tag veröffentlichte die Europäische Kommission auch einen Vorschlag zur Einrichtung einer Wasserstoffbank, eine Mitteilung über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU und eine Mitteilung zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarktes.

<sup>3</sup> Siehe [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1523](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1523)

<sup>4</sup> Siehe: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1563](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1563).

eingrichtet, um Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme in für den grünen Wandel strategischen Industriezweigen zu unterstützen. Für die Ziele im Bereich der Kompetenzen sollten außerdem staatliche Beihilfen und im Rahmen wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden, während der EU-Haushalt und die Initiative NextGenerationEU bereits 64,8 Mrd. EUR zur Unterstützung der EU-Kompetenzagenda bereitstellen.

4. **„Offener Handel“** soll für **„widerstandsfähige Lieferketten“** sorgen. Im Industrieplan für den Grünen Deal der EU wird vorgeschlagen, die Handelspolitik der EU zur Unterstützung der Ziele für eine saubere Fertigung zu nutzen. Im Zuge der WTO-Reform sollte klargestellt werden, wie grüne Investitionen unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen gefördert werden können. Das Freihandelsabkommen-Netzwerk der EU wird mobilisiert und erweitert (z. B. laufende Verhandlungen mit Australien, Indien, Indonesien). Andere Formen der bilateralen Zusammenarbeit, wie der Handels- und Technologierat EU-USA oder die EU-US-Taskforce zum Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate sollten ebenfalls zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Ein Club für kritische Rohstoffe und Industriepartnerschaften im Bereich saubere Technologien und Klimaneutralität werden ebenfalls eingerichtet. Mit handelspolitischen Schutzinstrumenten, der Verordnung über drittstaatliche Subventionen, dem EU-Rahmen für das Screening ausländischer Investitionen und dem Instrument für das internationale Beschaffungswesen wird gegen verschiedene Formen des Dumpings aus Nicht-Marktwirtschaftsländern vorgegangen.

#### **Ist mit dieser Industriestrategie die Klimaneutralität bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gerechten Übergangs erreichbar?**

IndustriAll Europe vertritt seit vielen Jahren die Auffassung, dass die Klima- und Energieziele der EU eine Industriestrategie erfordern, die die Entwicklung der für die Dekarbonisierung der Wirtschaft erforderlichen Güter und Technologien in Europa unterstützt.<sup>5</sup> Der jüngste IPCC-Bericht zeigt klar auf, dass die Klima-Uhr tickt und das Ausmaß der erforderlichen Emissionsminderungen beispiellos ist. Laissez-faire-Politik und marktorientierte Lösungen sind für ein solches Unterfangen vollkommen ungeeignet. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage ist eine Industriestrategie noch wichtiger, denn der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat gezeigt, wie gefährlich die Abhängigkeit von Energieimporten ist, insbesondere wenn es um autokratische Regime geht. Gleichzeitig haben andere große Volkswirtschaften Pläne zur Entwicklung von Cleantech-Lieferketten in ihren jeweiligen Gebieten eingeführt. Wenn die USA oder China die Ökologisierung ihrer Wirtschaft beschleunigen, ist das natürlich eine positive Entwicklung, aber es stellt auch eine Herausforderung für die europäische Industrie auf den europäischen und globalen Märkten dar. Darüber hinaus ist die derzeitige Konzentration der Cleantech-Lieferketten, z. B. für Photovoltaik, Batterien, Elektrolyseure oder Windkraftanlagen, großer Anlass zur Sorge im Hinblick auf die Autonomie und den Wohlstand Europas.<sup>6</sup>

Das vorgeschlagene Paket und insbesondere das Netto-Null-Industrie-Gesetz sind begrüßenswerte Initiativen, da sie darauf abzielen, die Voraussetzungen für den Ausbau der Produktionskapazitäten für klimaneutrale Technologien in der EU zu schaffen. Konkret soll mit dem Verordnungsentwurf sichergestellt werden, dass „die Produktionskapazitäten in der Union für die strategischen klimaneutralen Technologien bis 2030 [...] einen Richtwert von mindestens 40 % des jährlichen Umsetzungsbedarfs der Union für die entsprechenden Technologien, die zur Verwirklichung der Klima- und Energieziele der Union für 2030 erforderlich sind, erreichen oder sich diesem annähern“. Auch in der vorgeschlagenen Verordnung über

<sup>5</sup> Siehe z. B. [https://news.industrial-europe.eu/content/documents/upload/2020/11/637418361479638503\\_DE%20-%20Green%20Deal%20-%20Europe's%20Green%20Deal%20mapping%20the%20route%20to%202030.pdf](https://news.industrial-europe.eu/content/documents/upload/2020/11/637418361479638503_DE%20-%20Green%20Deal%20-%20Europe's%20Green%20Deal%20mapping%20the%20route%20to%202030.pdf)

<sup>6</sup> Siehe <https://www.iea.org/reports/securing-clean-energy-technology-supply-chains>.

kritische Rohstoffe werden ehrgeizige Ziele für die inländische Produktion und die Kreislaufwirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung und Diversifizierung der Versorgung aus Drittländern festgelegt.

IndustriAll Europe begrüßt, dass sich diese ehrgeizigen Ziele auf das verarbeitende Gewerbe konzentrieren und die gesamte Lieferkette abdecken, von der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung bis zur Herstellung von Technologien. Positiv ist auch die Tatsache, dass für die Umsetzung des Industrieplans für den Grünen Deal der EU auf rechtsverbindliche Instrumente – d. h. Verordnungen – zurückgegriffen wurde.

Nach Ansicht von industriAll Europe weist der Industrieplan zum Grünen Deal der EU jedoch eine Reihe von Schwächen auf:

- **Die schwach ausgeprägte soziale Dimension erweist sich als industrielle Achillesferse des Grünen Deals:** Kompetenzen sind die Nummer 3 der vier Hauptsäulen des Industrieplans zum Grünen Deal. Es wurde jedoch kaum darauf eingegangen, wie Europa den Mangel an Kompetenzen und Arbeitskräften, von dem alle unsere Branchen betroffen sind, konkret angehen wird. Wie in unserem [Manifest für einen gerechten Strukturwandel](#) gefordert, brauchen wir nach Ansicht von industriAll Europe einen EU-Rechtsrahmen zur Antizipation und Bewältigung des gerechten Strukturwandels, der die entscheidende Rolle von Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Beschäftigten sowie der Tarifverhandlungen bei der vorausschauenden Planung des Wandels und der Veränderung des Kompetenzbedarfs anerkennt. Mit einem solchen EU-Rechtsrahmen muss sichergestellt werden, dass die Erfassung von Daten über Kompetenzen – d. h. die Antizipation des Kompetenzbedarfs – durch eine strategische Beschäftigungs- und Kompetenzplanung in jedem Unternehmen, jeder Region und jedem Sektor gestärkt wird, und zwar unter umfassender Einbeziehung der Sozialpartner, der Berufsbildungsanbieter und der Behörden, die am besten in der Lage sind, strukturelle Veränderungen zu begleiten.<sup>7</sup> Wenn die EU will, dass die Beschäftigten den Strukturwandel unterstützen, sind auch Arbeitslosenunterstützung und eine stärkere und aktivere Arbeitsmarktpolitik erforderlich – insbesondere für diejenigen, die am stärksten betroffen sein werden.
- Die **Versorgung mit erschwinglicher dekarbonisierter Energie** ist der Schlüssel zur Entwicklung neuer Industrietätigkeiten in Europa. Die kurzfristigen Auswirkungen des Netto-Null-Industrie-Gesetzes auf die Energiepreise sind begrenzt, während der Langzeiteffekt nach wie vor ungewiss ist. Das Ziel, Europa unabhängiger von Energieeinfuhren und weniger anfällig für die Volatilität der Weltmärkte zu machen, wird sich ohnehin nicht von einem Tag auf den anderen verwirklichen lassen. Dennoch braucht die Industrie sofortige Lösungen, um mit den Energiepreisen zurechtzukommen, die in Europa weiterhin höher sind als in vielen anderen Regionen der Welt. Der Industrieplan zum Grünen Deal der EU wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die EU gleichzeitig ihre Energiepolitik reformiert, insbesondere mit einer überarbeiteten Richtlinie zur Gestaltung des Strommarktes, die so schnell wie möglich die Versorgung mit erschwinglichem, CO<sub>2</sub>-armem Strom im Einklang mit dem steigenden Elektrifizierungsbedarf sicherstellt.
- **Das Fehlen einer technologiespezifischen Durchführbarkeitsbewertung und Strategie.** Aufgrund der starken Abhängigkeit Europas von Drittländern bei der Versorgung mit bestimmten sauberen Technologien ist es äußerst schwierig, bis 2030 den Wert von 40 % unseres jährlichen Umsetzungsbedarfs zu erreichen.<sup>8</sup> Europa importiert in großem Umfang bestimmte saubere Technologien, und dieser Cleantech-Einsatz muss drastisch beschleunigt werden, um die „Fit für 55“-Ziele zu erreichen. Die EU sollte genauer ermitteln, bei welchen Technologien besondere Unterstützung und Anforderungen für die Entwicklung von Produktionstätigkeiten erforderlich

<sup>7</sup> <https://news.industriall-europe.eu/p/justtransition>

<sup>8</sup> Im Bereich der Photovoltaik deckt die Produktion in der EU nur 3 % der EU-Nachfrage. Siehe [https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-](https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-03/SWD_2023_68_F1_STAFF_WORKING_PAPER_EN_V4_P1_2629849.PDF)

[03/SWD\\_2023\\_68\\_F1\\_STAFF\\_WORKING\\_PAPER\\_EN\\_V4\\_P1\\_2629849.PDF](https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-03/SWD_2023_68_F1_STAFF_WORKING_PAPER_EN_V4_P1_2629849.PDF).

sind, und zusätzliche Maßnahmen auf der Grundlage eines technologieneutralen Ansatzes vorschlagen, der für alle Optionen offen ist, die mit dem Ziel der Dekarbonisierung bis 2050 in Einklang stehen und mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung vereinbar sind.

- **Es fehlt eine Strategie für die exportorientierten Sektoren des verarbeitenden Gewerbes.** Die Rückverlagerung von Industrietätigkeiten nach Europa wird sich in einer erheblichen Steigerung der Produktionskosten niederschlagen, da die Energiepreise in Europa relativ gesehen hoch bleiben dürften und die Reform des Emissionshandelssystems (EHS) und die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems die Produktionskosten in den energieintensiven Industrien – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – zusätzlich in die Höhe treiben dürften. Dies könnte sich sowohl auf die Teuerung als auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf den Weltmärkten auswirken, insbesondere in den exportorientierten Sektoren des verarbeitenden Gewerbes.
- **Auch die Grundstoffindustrien sind von strategischer Bedeutung.** Im Industrieplan für den Grünen Deal der EU sowie im Netto-Null-Industrie-Gesetz und in der Verordnung zu kritischen Rohstoffen werden die Grundstoffindustrien (z. B. Stahl und Metallerzeugung, Chemie, Glas und andere Grundstoffe) nicht ausdrücklich als strategisch wichtig ausgewiesen, obwohl die aufgeführten „klimaneutralen Technologien“ und „strategischen klimaneutralen Technologien“ für ihre Dekarbonisierung von entscheidender Bedeutung sind. Es muss daran erinnert werden, dass diese Sektoren wichtige Zulieferer für die Cleantech-Industrien sind. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz muss daher besser mit einer überarbeiteten Strategie für energieintensive Industrien verknüpft werden, da diese Sektoren am stärksten von den Folgen hoher Energiepreise betroffen sind.
- **Beim Verkehr geht es nicht nur um Batterien und alternative Kraftstoffe.** Der Verkehrssektor ist einer der am schwierigsten zu dekarbonisierenden Bereiche. Batterien, Brennstoffzellen und alternative Kraftstoffe wurden als die einzigen zu fördernden sauberen Technologien genannt, während der Bedarf an Zügen und Schienenfahrzeugen oder Fahrrädern mit keinem Wort erwähnt wird.
- **Eine Risikobewertung und Resilienzstrategie für die Industrie sind unerlässlich.** Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Industrie nicht vor den Auswirkungen unvorhergesehener Ereignisse gefeit ist. Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, Logistikprobleme, geopolitische Spannungen, bewaffnete Konflikte und extreme Wetterereignisse wie Dürren haben die Industrie schwer getroffen. Diese Abfolge von Krisen mit ihren konkreten Auswirkungen auf die Industrie und die Beschäftigten könnte das Signum unserer Zeit sein, insbesondere angesichts der bereits unausweichlichen Folgen des Klimawandels. Die Industriestrategie der EU sieht jedoch kein wirkliches Instrument vor, um diese Risiken zu bewerten und, wenn dies möglich ist, die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. IndustriAll Europe fordert die Europäische Kommission auf, die „Steigerung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU“ um eine „langfristige Risikobewertung und Resilienzstrategie“ zu ergänzen.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1668](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1668)

## Ein an soziale Auflagen geknüpfter europäischer Investitionsplan

Eine verstärkte finanzielle Unterstützung umweltfreundlicher Industriezweige muss Teil der EU-Industriestrategie für den Grünen Deal sein, da die Erreichung der EU-Klimaziele gewaltige Investitionen erfordert.<sup>10</sup>

Der Industrieplan für den Grünen Deal der EU ist zwar auch als Reaktion auf die von der US-Regierung im Rahmen des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflationsrate gewährten Subventionen zu sehen, die EU ist jedoch keine Subventionswüste für die Industrie, und die Subventionsasymmetrie zwischen der EU und den USA ist bei näherer Betrachtung nicht so ausgeprägt.<sup>11</sup>

Wie oben beschrieben, wird eine befristete Änderung der Regeln für staatliche Beihilfen sowie eine gezielte Änderung der AGVO zu einer Erhöhung der staatlichen Beihilfen führen, die die Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren, die in grüne Technologien investieren. EU-Mittel sollen die staatlichen Beihilfen ergänzen. Und verschiedene Instrumente sollen auch private Finanzmittel mobilisieren.

In Bezug auf die Finanzierung des Industrieplans der EU für den Grünen Deal fordert industriAll Europe:

- **Vergabe öffentlicher Mittel muss an strenge soziale Bedingungen geknüpft sein.** Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für private Unternehmen muss an eine Reihe sozialer und ökologischer Auflagen geknüpft werden, die den spezifischen Arbeitsmarktmodellen in Europa entsprechen und diese berücksichtigen. Öffentliche Subventionen, ob aus dem nationalen Haushalt oder aus EU-Fonds, müssen davon abhängig gemacht werden, ob die Unternehmen das Recht der Beschäftigten, einer Gewerkschaft beizutreten oder eine Gewerkschaft zu gründen, sowie das Recht Tarifverhandlungen zu führen und das Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften achten. Das vorgeschlagene Netto-Null-Industrie-Gesetz und die vorgeschlagene Verordnung zu kritischen Rohstoffen enthalten Auswahlkriterien, die auch eine Bewertung der sozialen Auswirkungen von strategischen Netto-Null-Projekten vorsehen. Aufbauend auf diesen positiven Ausgangspunkten muss sichergestellt werden, dass Unternehmen, die öffentliche Mittel erhalten, Entlassungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausschließen, mit den Gewerkschaften verhandeln und Tarifverträge einhalten, die Rechte der Beschäftigten auf Unterrichtung und Anhörung achten, in Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme investieren, hochwertige Lehrlingsausbildungen und Stellen für Hochschulabsolventen schaffen sowie Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz fördern. Soziale Auflagen müssen im Projektauswahlverfahren verpflichtend sein, nicht Optionen, die Investoren in einer Wunschliste auswählen können.
- **Keine Zufallsgewinne von Unternehmen.** Die Gewährung öffentlicher Subventionen muss transparent und verhältnismäßig sein. Öffentliche Unterstützung muss mit übermäßigen außerordentlichen Dividendenausschüttungen und Aktienrückkaufprogrammen unvereinbar sein.
- **Keine Sparpolitik durch die Hintertür.** Die EU muss sicherstellen, dass die neuen Haushaltsregeln Investitionen nicht blockieren und den grünen und digitalen Wandel in den Mitgliedstaaten nicht

---

<sup>10</sup> Laut der Folgenabschätzung der Europäischen Kommission, die der „Fit für 55“-Mitteilung beigelegt ist, würde ein Emissionsminderungsziel von -55 % für 2030 jährliche Investitionen in das Energiesystem in Höhe von durchschnittlich 2,5–3 % des BIP im laufenden Jahrzehnt erfordern (siehe S. 68–70). [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:749e04bb-f8c5-11ea-991b-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:749e04bb-f8c5-11ea-991b-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF)

<sup>11</sup> Siehe unter anderem: Lage der Energieunion 2022, [https://commission.europa.eu/news/2022-state-energy-union-report-highlights-challenges-2022-10-18\\_en](https://commission.europa.eu/news/2022-state-energy-union-report-highlights-challenges-2022-10-18_en); Bericht über Energiesubventionen in der EU (2022) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0642>.

gefährden. Gegenwärtig erfüllen 14 Mitgliedstaaten das willkürliche 3%-Kriterium nicht und laufen Gefahr, dass ihnen strenge Ausgabenvorschriften auferlegt werden. Dies ist nicht hinnehmbar. Die Mitgliedstaaten müssen über den notwendigen haushaltspolitischen Spielraum verfügen, um in ihre Industrie und ihre Bevölkerung investieren zu können.

- **Ein für alle zugänglicher Souveränitätsfonds in großem Maßstab.** Um dem Risiko der Fragmentierung entgegenzuwirken, das die größere Flexibilität der Beihilfavorschriften mit sich bringt, muss die EU weitere EU-Mittel mobilisieren. Der zur Ergänzung der bestehenden Fonds und Initiativen angekündigte Souveränitätsfonds muss aus EU-Eigenmitteln finanziert werden und strategische klimaneutrale Technologien und strategische kritische Rohstoffe, für die die Rückverlagerung nach Europa die größte Herausforderung darstellt, massiv unterstützen.

### Verbesserung der öffentlichen Governance darf nicht auf Deregulierung hinauslaufen

Die erste Säule des Industrieplans für den Grünen Deal umfasst Maßnahmen, die das Regelungsumfeld der EU vereinfachen und kohärenter gestalten sollen. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz und die Verordnung zu kritischen Rohstoffen enthalten spezifische Mechanismen zur Erreichung dieses Ziels, insbesondere zur Straffung und Beschleunigung der Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren für Industrie- und Bergbauprojekte.

Es ist ein legitimes Ziel, die Verfahren effizienter zu gestalten, unter anderem durch die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, aber industriAll Europe unterstreicht erneut die Bedeutung strenger Schutzvorkehrungen.

- **Normen und Vorschriften sind wichtig.** Die Straffung der Genehmigungsverfahren darf nicht auf Kosten der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit oder der sozialen Standards gehen. Bei den Bestimmungen für strategische Projekte sollte es den Mitgliedstaaten nicht gestattet sein, die bestehenden Rechtsvorschriften zu umgehen. Vorrangige Projekte müssen alle geltenden Rechtsvorschriften einhalten, einschließlich Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards. Ebenso sollten die Projekte Akzeptanz auf lokaler Ebene finden, und zwar durch die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort in die Entscheidungsprozesse, die Schaffung hochwertiger lokaler Arbeitsplätze und andere soziale Leistungen und Entschädigungen. Last, but not least sollte der Industrieplan für den Grünen Deal der EU nicht als Vorwand dienen, um die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften, einschließlich des Streikrechts, zu untergraben.
- **Die Verbesserung der öffentlichen Governance erfordert Investitionen in die öffentliche Verwaltung.** Im Netto-Null-Industrie-Gesetz und in der Verordnung zu kritischen Rohstoffen werden recht ehrgeizige Ziele für die Verkürzung der Genehmigungsverfahren gesetzt, aber die dazu vorgeschlagenen Instrumente beschränken sich im Wesentlichen auf Maßnahmen mit begrenzter Wirkung wie die Bereitstellung von Informationen im Internet oder die Einrichtung zentraler Anlaufstellen. Im Gegensatz dazu werden im Rahmen des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflationsrate mehr als 1 Mrd. \$ für die Unterstützung von Umweltprüfungen bei wichtigen Regierungsbehörden bereitgestellt.

### Die europäische Industrie braucht fairen, auf multilateralen Regeln basierenden Handel

Europa ist bei der Versorgung mit Rohstoffen und Komponenten, die für die Dekarbonisierung entscheidend sind, stark von Drittstaaten abhängig. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz und die Verordnung zu kritischen Rohstoffen sollen Rückverlagerungen anstoßen, um diese Abhängigkeit zu verringern, aber die europäische Industrie wird auch in absehbarer Zukunft noch auf globale Lieferketten angewiesen sein.

Daher müssen auch die Lieferketten für klimaneutrale Technologien wie auch für Rohstoffe gesichert und diversifiziert werden. Die heutigen hohen Energiepreise erschweren die Sache. Durch das US-Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate – mit Local-Content-Vorschriften und einer aggressiven Industriesubventionspolitik – sowie durch protektionistische Maßnahmen in anderen großen Volkswirtschaften wird dies noch verstärkt. Infolgedessen läuft die europäische Industrie Gefahr, beträchtliche Marktanteile zu verlieren, und Investitionsverlagerungen sind die Folge. Ein integrierter Ansatz für die Industrie- und Handelspolitik, wie im Industrieplan für den Grünen Deal vorgesehen, ist daher unerlässlich. IndustriAll Europe unterstützt diese Synergien zwischen Handels- und Industriepolitik und stellt die folgenden Forderungen:

- **Vertiefung der transatlantischen Handelsdiplomatie, um Spannungen zu vermeiden und die Dekarbonisierung zu beschleunigen.** Die EU sollte sich verstärkt darum bemühen, mit den USA und anderen relevanten Handelspartnern eine Globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium zu schließen, die sich mit der Dekarbonisierung und den nicht marktbezogenen Überkapazitäten befasst und die Marktzugangsbedingungen angleicht, um unfaire Diskriminierung zu verhindern. Die EU muss außerdem die Verhandlungen mit den USA über ein Abkommen beschleunigen, mit dem die Anrechnung von in Europa gewonnenen oder verarbeiteten kritischen Mineralien auf die Anforderungen für saubere Fahrzeuge im Rahmen der entsprechenden Steuergutschrift gemäß Section 30D des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflationsrate ermöglicht wird. Ganz allgemein muss der Dialog über Anreize für saubere Energie im Rahmen des Handels- und Technologierates EU-USA dazu genutzt werden, Handelsspannungen jenseits von EU/USA zu entschärfen.
- **Menschenrechte und Nachhaltigkeit müssen die Grundlage der europäischen Strategie zur Diversifizierung der Versorgung bilden.** Die erforderliche Sicherung der Rohstoffversorgung der großen Volkswirtschaften darf nicht zu einem grünen Neokolonialismus führen. Starke und durchsetzbare Kapitel über nachhaltige Entwicklung müssen in alle bestehenden und künftigen Handelsabkommen, ob bilateral, plurilateral oder multilateral, aufgenommen werden. Ebenso muss die Strategie des Industrieplans für den Grünen Deal zur Diversifizierung des Angebots im Einklang mit den Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht sowie mit einer auf ESG-Kriterien basierenden Corporate Governance stehen. Die Ziele der EU in Bezug auf kritische Rohstoffe machen eine robuste und ehrgeizige Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen, die derzeit im Europäischen Parlament und im Rat behandelt wird, umso dringlicher.



## Anlage 1: Europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen

Die Europäische Kommission hat am 16. März 2023 eine Reihe von internen und externen Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung der EU-Industrie mit kritischen Rohstoffen vorgelegt. Die Hauptmaßnahmen beziehen sich auf die Stärkung der inländischen Lieferketten sowie auf die Intensivierung internationaler „Partnerschaften“ mit Drittstaaten.

Das Maßnahmenpaket wird in zwei Dokumenten vorgelegt:

- einer [Verordnung](#) zur Schaffung eines Rechtsrahmens für die Unterstützung inländischer Kapazitäten sowie zur Stärkung der Nachhaltigkeit und der Kreislaufwirtschaft in den Lieferketten für kritische Rohstoffe in der EU und
- einer [Mitteilung](#), in der eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Diversifizierung der Lieferketten durch neue, sogenannte „Partnerschaften“ mit Drittstaaten vorgeschlagen werden.

Vorschlag der Kommission	Erste Analyse von industriAll Europe
<p><b>1) Festlegung von Prioritäten und Benchmarks für 2030</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Liste mit 34 kritischen Rohstoffen<sup>12</sup>, die als wichtig für die europäische Wirtschaft gelten und bei denen ein hohes Risiko einer Versorgungsunterbrechung besteht.</li> <li>• Neue Liste der 16 strategischen Rohstoffe<sup>13</sup> aus der Liste der kritischen Rohstoffe, die als von hoher strategischer Bedeutung angesehen werden (im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel sowie für Anwendungen in den Bereichen Verteidigung und Weltraum) und bei denen ein globales Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erwartet wird.</li> <li>• Benchmarks für strategische Rohstoffe bis 2030                         <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Mindestens <b>10 %</b> des jährlichen Bedarfs der EU in Bezug auf den <b>Abbau</b></li> <li>○ Mindestens <b>40 %</b> des jährlichen Bedarfs der EU in Bezug auf die <b>Verarbeitung</b></li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Festlegung konkreter Ziele ist zu begrüßen, da sie dazu beitragen werden, die Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten auf eine umfassendere Rohstoffpolitik auszurichten. Dank der regelmäßigen Evaluierung der Benchmarks können ggf. zusätzliche Maßnahmen in Betracht gezogen werden.</li> <li>• Die Verordnung über kritische Rohstoffe wird zusammen mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung und als Teil des Industrieplans zum Grünen Deal vorgelegt. Dies zeigt, dass die Rohstoffpolitik unbedingt in eine umfassendere Industriepolitik auf verschiedenen Ebenen (EU, national, regional) eingebettet werden muss.</li> </ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Erreichung dieser Ziele wird von zahlreichen externen Faktoren (geologische, regionale, ökologische und wirtschaftliche Ökosysteme, Energieversorgung, Arbeitskräfte usw.) abhängen, die es zu bewerten und besser zu integrieren gilt.</li> </ul>

<sup>12</sup> **Liste der kritischen Rohstoffe:** a) Antimon, b) Arsen, c) Bauxit, d) Baryt, e) Beryllium, f) Bismut, g) Bor, h) Kobalt, i) Koks-kohle, j) Kupfer, k) Feldspat, l) Flussspat, m) Gallium, n) Germanium, o) Hafnium, p) Helium, q) Schwere seltene Erden, r) Leichte seltene Erden, s) Lithium, t) Magnesium, u) Mangan, v) natürlicher Grafit, w) Nickel - Batteriequalität, x) Niob, y) Phosphorit, z) Phosphor, aa) Metalle der Platingruppe, bb) Scandium, cc) Siliciummetall, dd) Strontium, ee) Tantal, ff) Titanmetall, gg) Wolfram, hh) Vanadium.

<sup>13</sup> **Liste strategischer Rohstoffe:** a) Bismut, b) Bor - metallurgische Qualität, c) Kobalt, d) Kupfer, e) Gallium, f) Germanium, g) Lithium – Batteriequalität, h) Magnesiummetall i), Mangan – Batteriequalität, j) natürlicher Grafit – Batteriequalität, k) Nickel – Batteriequalität, l) Gruppe der Platinmetalle, m) seltene Erden für Magnete (Nd, Pr, Tb, Dy, Gd, Sm und Ce), n) Siliciummetall, o) Titanmetall und p) Wolfram.

<ul style="list-style-type: none"><li>○ Mindestens <b>15 %</b> des jährlichen Bedarfs der EU in Bezug auf das <b>Recycling</b></li><li>○ Höchstens <b>65 %</b> des jährlichen Bedarfs der EU an einem beliebigen strategischen Rohstoff in jedem relevanten Verarbeitungsstadium dürfen <b>aus einem einzigen Drittstaat</b> stammen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>● Längerfristige Ziele (2050) sind erforderlich. Die Entwicklung neuer Abbau-, Verarbeitungs- und Recyclingtätigkeiten bedarf einer gewissen Vorlaufzeit, um auf externe Faktoren reagieren zu können.</li><li>● Mehr Ehrgeiz in Bezug auf Recycling wäre zu begrüßen gewesen, um das Engagement der Europäischen Union für einen wirklich kreislauforientierten Übergang unter Beweis zu stellen. Damit hätte die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Recyclingfähigkeit und des Ökodesigns wesentlich vorangetrieben werden können.</li><li>● Interessant wäre eine Verknüpfung der Ziele mit der Verringerung der Nachfrage (durch Forschung und Entwicklung usw.) gewesen.</li><li>● Diese neuen Ziele werden unweigerlich zu geänderten oder neuen Tätigkeiten führen, und dies sollte im Einklang mit einer Agenda für einen gerechten Strukturwandel stehen, wobei die Übergänge in den Bereichen Abbau, Veredelung, Verarbeitung und Recycling (Dekarbonisierung, Betriebe an neuen Standorten, Abbau neuer Rohstoffe usw.) flankiert werden müssen. Die Einbindung von Gewerkschaften und Beschäftigten ist von zentraler Bedeutung.</li><li>● Was die Liste der kritischen und strategischen Rohstoffe betrifft, so fordern wir eine regelmäßige und umfassende Bewertung der in beiden Listen aufgeführten Rohstoffe, um den konkreten aktuellen und künftigen Herausforderungen der Industrie und der Energiequellen der einzelnen Mitgliedstaaten gerecht zu werden. Dies kann zur Aufnahme weiterer Rohstoffe in die Listen oder zur Entwicklung einer umfassenderen Rohstoffstrategie für Europa führen.</li></ul>
--	---

<p><b>2) Aufbau europäischer Kapazitäten</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Ermittlung strategischer Projekte in der EU und in Drittstaaten mit Fokus auf die Bereiche Abbau, Verarbeitung oder Recycling strategischer Rohstoffe, die von gestrafften und berechenbaren <b>Genehmigungsverfahren</b> (vorrangige Behandlung) und einer Koordinierung, die den <b>Zugang zu Finanzmitteln</b> erleichtert, profitieren sollen. Die Bewertung strategischer Projekte erfolgt anhand einer Reihe von Kriterien, zu denen auch die technische Durchführbarkeit gehört, und sie müssen in ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltig sein.</li><li>• Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für alle Projekte zu kritischen Rohstoffen („zentrale Anlaufstelle“).</li><li>• Die Dauer des Genehmigungsverfahrens für strategische Projekte sollte zwei Jahre für Abbaugenehmigungen und ein Jahr für Verarbeitungs- oder Recyclinggenehmigungen nicht überschreiten.</li><li>• Entwicklung nationaler Explorationsprogramme zur besseren Bewertung der europäischen Vorkommen kritischer Rohstoffe.</li></ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die bloße Festlegung von Zielen und Benchmarks ist natürlich nicht ausreichend, weshalb wir die vorgeschlagene Hilfe der Europäischen Kommission zur Unterstützung von Projekten für strategische Rohstoffe begrüßen.</li><li>• Es ist positiv, dass zu den Kriterien für die Auswahl strategischer Projekte die i) Durchführung auf „ökologisch und sozial nachhaltige Weise“ durch „die Anwendung sozial verantwortlicher Praktiken, einschließlich der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, die ii) ernsthafte Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung und einschlägigen Sozialpartnern; iii) die Anwendung transparenter Geschäftspraktiken mit angemessenen Compliance-Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung des Risikos negativer Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, einschließlich Korruption und Bestechung“ gehören.</li><li>• Was die Genehmigungsverfahren betrifft, so begrüßen wir die zentrale Anlaufstelle und die erforderliche Stärkung der Verwaltungskapazitäten. „Gestraffte und zügigere Genehmigungsverfahren“ müssen auf eine Stärkung und Verbesserung der Verwaltungskapazitäten abstellen, z. B. durch die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, Personalaufstockung oder eine zentrale Anlaufstelle, und nicht auf die Umgehung von Umwelt- und Sozialstandards oder Schutzvorkehrungen.</li></ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Verordnung nimmt Bezug auf die EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe, in denen internationale Instrumente zu allen Aspekten der Nachhaltigkeit aufgeführt sind. Diese Grundsätze sind ein Schritt in die</li></ul>
---	--

	<p>richtige Richtung, sollten aber als Grundlage für die Festlegung verbindlicher Standards für „nachhaltige“ Rohstoffe dienen. Nachhaltig und verantwortungsvoll beschaffte Rohstoffe sollten auf einer klaren Definition beruhen, die eine soziale Säule einschließt und eine gewerkschaftliche Perspektive berücksichtigt: Tarifverhandlungen, gute Arbeitsbedingungen, eine sicherere und gesündere Umwelt, Zufriedenheit am Arbeitsplatz und angemessene Entgelte. Wie in der Entschließung des Europäischen Parlaments zu kritischen Rohstoffen steht: „eine verantwortungsvolle Beschaffung in der Union muss auf einem tatsächlichen sozialen Dialog beruhen, bei dem die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer gefördert, menschenwürdige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen gesichert und die Rechte der Arbeitnehmer durch Förderung der Geschlechtergleichstellung geschützt werden“. Dies muss durch diese Verordnung durchgesetzt und sichergestellt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Bewertung und Überwachung der Projekte muss nach qualitativen Gesichtspunkten erfolgen, mit Unterstützung von Gewerkschaften und externen Interessenträgern, die mit den richtigen Instrumenten die Qualität der Projekte überprüfen und deren künftige Überwachung sicherstellen können.</li><li>• Die Kriterien für strategische Projekte sollten auch eine angemessene Antizipation und Planung der schrittweisen Einstellung der Abbautätigkeiten im Hinblick auf die Sanierung des Standorts berücksichtigen, die von entscheidender Bedeutung sind. Die Sozialpartner sollten sich auf Beschäftigungsübergänge für die Bergleute während der Sanierung stillgelegter Bergbaustandorte einigen.</li></ul>
--	--

	<ul style="list-style-type: none"><li>• In der Verordnung wird vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten den Projektträgern Unterstützung und Hilfe leisten sollten, um die öffentliche Akzeptanz des Projekts weiter zu erhöhen, die sich einstellen wird, wenn hohe Umwelt- und Sozialstandards, einschließlich des Dialogs mit der lokalen Bevölkerung und möglicher Entschädigungen, in vollem Umfang eingehalten und durchgesetzt werden und bei Nichteinhaltung Sanktionen verhängt werden.</li><li>• Bei strategischen Projekten in Drittländern müssen die Projektträger für einen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen in dem Land sorgen, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang mit internationalen Standards. In der Verordnung sollte auf die IAO verwiesen und ein Mechanismus zur wirksamen Bewertung der Durchsetzung vorgeschlagen werden.</li><li>• In der Verordnung wird vorgeschlagen, dass bei strategischen Projekten das öffentliche Interesse überwiegt, und dies könnte gefährlich sein: Die zuständige Genehmigungsbehörde geht dann davon aus, dass das strategische Projekt im öffentlichen Interesse liegt, und kann im Einzelfall prüfen, ob es Vorrang vor den geltenden Rechtsvorschriften hat, die das Projekt blockieren könnten (z. B. die Vogelschutzrichtlinie, die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die Gewässerpolitik). Dies könnte ein gefährliches Signal aussenden, dass alle strategischen Projekte geltende Rechtsvorschriften umgehen dürfen.</li><li>• Öffentliche Gelder sollten an soziale Auflagen für das Projekt geknüpft sein und zu gut bezahlten, hochwertigen Arbeitsplätzen führen.</li><li>• Es bedarf eindeutig mehr Anreize und öffentlicher Unterstützung für Substitution, Recyclingmöglichkeiten und Ökodesign.</li></ul>
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Aufbau europäischer Kapazitäten wird nur mit den Beschäftigten möglich sein. Der Kompetenzbedarf wird in der Verordnung erwähnt, aber die Vorschläge sind zu dürftig.</li> </ul>
<p><b>3) Stärkung der Fähigkeit der EU, bestehende und künftige Versorgungsrisiken zu überwachen und zu mindern</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Überwachung kritischer Rohstoffe und Stresstests für Lieferketten von strategischen Rohstoffen.</li> <li>• Koordinierung des Aufbaus nationaler strategischer Bestände und Anforderung bezüglich Audits der Lieferketten großer Unternehmen.</li> <li>• Förderung der gemeinsamen Beschaffung strategischer Rohstoffe.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Insourcing, Rückverlagerung, Lagerhaltung, Diversifizierung der Versorgung und Antizipation von Engpässen müssen fester Bestandteil der Unternehmensstrategien sein, und dies muss durch politische Maßnahmen und eine kohärente EU-Industriepolitik unterstützt werden.</li> <li>• Arbeitsbeziehungen und Arbeitnehmerbeteiligung spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Unternehmen und ihre Lieferketten widerstandsfähiger zu machen.</li> </ul>
<p><b>4) Diversifizierung der EU-Einfuhren kritischer Rohstoffe</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr Partnerschaften für strategische Rohstoffe mit Drittstaaten.</li> <li>• Club für kritische Rohstoffe mit interessierten Ländern auf globaler Ebene, um Investitionen und Handel zu fördern.</li> <li>• Verknüpfung mit der WTO und Ausbau eines Netzes von Freihandelsabkommen und Abkommen über nachhaltige Investitionsförderung (SIFA).</li> <li>• Nutzung von Global Gateway für Infrastrukturprojekte entlang der Wertschöpfungskette.</li> <li>• Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken im Zusammenhang mit Rohstoffen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jede Rohstoffstrategie sollte auch den Bedürfnissen und Interessen der Arbeitnehmer*innen und Menschen in den Ursprungsländern der Rohstoffe außerhalb Europas Rechnung tragen. Dies muss in voller Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Übereinkommen der IAO zu den Arbeitnehmerrechten, den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung erfolgen.</li> <li>• Einer fairen Handelspolitik, einschließlich Partnerschaften zwischen Ländern, kommt eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, die Rohstoffgewinnung weltweit auf einen sozialeren und nachhaltigeren Weg zu bringen, ohne die Beschäftigten in Wettbewerb gegeneinander zu setzen. Handelsabkommen müssen eine klare, verbindliche und durchsetzbare Verpflichtung zum Schutz der Umwelt, der grundlegenden Arbeitsnormen und der Menschenrechte enthalten. Ein inklusiverer Ansatz für den Handel und das Kapitel über nachhaltige Entwicklung sollte diesen Anliegen Rechnung tragen.</li> </ul>

<p><b>5) Förderung einer nachhaltigeren und kreislauforientierten Bewirtschaftung kritischer Rohstoffe</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Verpflichtung auf Ebene der Mitgliedstaaten, die Anstrengungen zur Rückgewinnung kritischer Rohstoffe aus Abfallstoffen und Bergbauabfällen zu verstärken.</li><li>• Verbesserung der Recyclingfähigkeit von Dauermagneten, die seltene Erden enthalten, in spezifischen Produkten und Technologien auf dem EU-Markt.</li><li>• Maßnahmen zur Abfederung etwaiger negativer Auswirkungen in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Menschenrechte und Umweltschutz.</li><li>• Anerkennung von Zertifizierungssystemen, um die Nachhaltigkeit von auf dem EU-Markt in Verkehr gebrachten kritischen Rohstoffen zu verbessern.</li></ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Wir begrüßen den Schwerpunkt der Verordnung auf Nachhaltigkeit und verstärkte Kreislaufwirtschaft bei Rohstoffen. Nachhaltigkeit bezieht sich auf soziale und nicht nur auf, durchaus wichtige, ökologische Aspekte, da Menschenrechte und Umweltschutz gleichermaßen von Bedeutung sind.</li><li>• Wir brauchen unbedingt mehr und eine gerechtere Kreislaufwirtschaft sowie Wiederverwendung/Recycling von kritischen Rohstoffen aus Abfällen in Europa und begrüßen daher diesbezügliche konkrete Maßnahmen.</li><li>• Wir begrüßen weitere Maßnahmen zur Rückgewinnung kritischer Rohstoffe aus Bergbauabfällen, da dies als weniger umweltschädlich anzusehen ist, aber den Beschäftigungswechsel in den Bergbauregionen erleichtern könnte.</li></ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <p>Zu Kreislaufwirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Mit der Verordnung werden Maßnahmen vor allem auf nationaler Ebene gefördert, und es wird den Mitgliedstaaten überlassen, ihre Kreislaufwirtschaft zu organisieren.</li><li>• Die Europäische Kommission legt konkrete Maßnahmen für das Recycling von Dauermagneten und die Erhöhung ihres Rezyklatanteils fest. Dies ist eine gute Initiative, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Solche konkreten Anforderungen wären auch für andere Produkte mit strategischen Rohstoffen interessant gewesen.</li><li>• Zur Überwindung der derzeitigen quantitativen und qualitativen Einschränkungen bei der Wiederverwendung und dem Recycling kritischer Rohstoffen bedarf es einer umfassenden Förderung von Forschung und Entwicklung. Öffentliche Unterstützung und Investitionen (von der lokalen bis zur europäischen Ebene) sind erforderlich, um Lösungen zur Verbesserung der Recycling- und Wiederverwendungsmöglichkeiten von mineralischen Rohstoffen zu finden, da</li></ul>
--	---

	<p>einige davon derzeit sehr schwer zu recyceln oder wiederzuverwenden sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Abfallverarbeitungs- und -wiederverwertungsbranche sollte für gute Arbeitsbedingungen sorgen.</li> </ul> <p>Zu Nachhaltigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit der Verordnung soll die Organisation der bestehenden Zertifizierungssysteme für die Nachhaltigkeit kritischer Rohstoffe durch die Anerkennung einiger davon anhand von Kriterien verbessert werden, zu denen „sozial verantwortliche Praktiken, einschließlich der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte“ gehören. Wir sind hingegen der Meinung, dass wir gemeinsame europäische Vorschriften und Standards für nachhaltige Rohstoffe brauchen, die auch die IRMA-Standards umfassen. Die Nachhaltigkeit von Rohstoffen (Primär- und Sekundärrohstoffe) sollte auf einer klaren Definition beruhen, die auch die Perspektive der Beschäftigten berücksichtigt, wie z. B. beim IRMA-Standard. Starke und unabhängige Gewerkschaften sowie Tarifverhandlungen gewährleisten nachhaltige Rohstoffe.</li> <li>• Dialog mit der lokalen Bevölkerung, um sicherzustellen, dass sie in neue Projekte einbezogen werden. In aktuellen EU-Rechtsvorschriften ist eine Reihe von Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu Informationen und die Konsultation der lokalen Bevölkerung vorgesehen. Dies muss gefördert und besser durchgesetzt werden.</li> <li>• In einem delegierten Rechtsakt werden die Regeln für den ökologischen Fußabdruck verschiedener kritischer Rohstoffe festgelegt. Ein ergänzender „sozialer Fußabdruck“ wäre interessant, um dies zu bewerten.</li> </ul>
<p><b>6) Governance und Folgemaßnahmen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsetzung eines EU-Ausschusses für kritische Rohstoffe, der die Europäische Kommission berät und die Koordinierung und Durchführung von</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen und soll strategische Projekte evaluieren. Er wird Vertretern des Europäischen Parlaments die Teilnahme als</li> </ul>



<p>Exploration, Überwachung, Aufbau strategischer Lagerbestände und strategischen Projekten erleichtert.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Der Ausschuss wird von der Europäischen Kommission geleitet und setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten sowie Mitgliedern des Europäischen Parlaments als Beobachter zusammen. Kontakt mit einschlägigen Interessenträgern fördert die Arbeit des Gremiums.</li></ul>	<p>Beobachter gestatten und kann Sachverständige hinzuziehen. Die Gewerkschaften sollten in den Ausschuss einbezogen werden, und die Stellungnahmen der Sozialpartner aus jedem Mitgliedstaat sollten in die Ausschussarbeit einfließen.</p>
--	--

### **Zentrale Botschaften und Forderungen von industriAll Europe in Bezug auf die europäische Verordnung zu kritischen Rohstoffen**

- IndustriAll Europe erinnert an seine [Empfehlungen zur Widerstandsfähigkeit bei kritischen Rohstoffen](#), die im Jahr 2021 angenommen wurden. Die Gewerkschaften fordern seit Langem eine verstärkte EU-Rohstoffstrategie, um durch die nachhaltige Nutzung der eigenen Ressourcen eine größere Unabhängigkeit zu erreichen und durch eine gemeinsame und faire externe Agenda die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Europa braucht zur Stärkung seiner strategischen Autonomie bei gleichzeitiger Sicherstellung der Nachhaltigkeit von Rohstoffen eine weitreichende und globale Strategie, die auf vier Säulen ruht: nachhaltige Rohstoffförderung in der EU, Kreislaufwirtschaft, verstärkte Forschung und Innovation zur Verringerung der Nachfrage und Abhängigkeit sowie Gewährleistung internationaler Standards und weltweit verbindlicher Menschenrechte. IndustriAll Europe begrüßt daher diese Initiative für mehr konzertierte Aktionen.
- Die Initiative trägt der potenziellen Schaffung neuer Arbeitsplätze Rechnung, bei denen es sich um hochwertige Arbeitsplätze handeln muss, um den Bedürfnissen der Arbeitskräfte in diesem Sektor gerecht zu werden, und steht im Einklang mit der Empfehlung des Rates zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität, die politische Leitlinien zur Gewährleistung des Schutzes von Arbeitsplätzen, einschließlich Arbeitsbedingungen und Entgelten, sowie zur Förderung der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze durch die Unterstützung der Weiterbildung und Umschulung der Arbeitskräfte im Rahmen des sozialen Dialogs enthält. Dies sollte nun mit konkreten Vorschlägen durchgesetzt und genauer ausformuliert werden (Kriterien für hochwertige Arbeitsplätze, konkrete Agenda für gerechte Übergänge usw.).
- Die soziale Dimension dieser Industriestrategie für Rohstoffe muss thematisiert werden, wie auch mögliche Störungen: Bestandsaufnahme von Jobs und Beschäftigung (quantitative und qualitative Aspekte), regionale Dimension, kollektive Antizipation von Veränderungen, Gewährleistung eines gerechten Strukturwandels, Deckung des Kompetenzbedarfs (lebenslanges Lernen usw.). Die Verordnung über kritische Rohstoffe muss menschenwürdige Arbeit und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, die Arbeitnehmerrechte schützen, einen wirksamen sozialen Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene unterstützen und die Gewerkschaften in die Planung der Entwicklung des Sektors einbeziehen. Die soziale Dimension muss auch den Bedarf an Kompetenzverbesserung, allgemeiner und beruflicher Bildung berücksichtigen, einschließlich der Unterstützung oder Einrichtung geeigneter Weiterbildungsangebote und der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe durch die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen. Der Schutz der Beschäftigten in der mineralgewinnenden Industrie und im Bereich des Recyclings erfordert ein entschlossenes Engagement für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (die Ermittlung

neuer Risiken im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen ist dringend erforderlich). Eine klare Gleichstellungsperspektive ist ebenfalls unverzichtbar.

- IndustriAll Europe erinnert daran, dass keine freiwillige Initiative die zentrale Rolle starker Gesetze zum Schutz sozialer und ökologischer Werte ersetzen kann.
- Wir brauchen unbedingt mehr und eine gerechtere Kreislaufwirtschaft für Rohstoffe. IndustriAll Europe erinnert an seine Empfehlung für [„Mehr und gerechte Kreislaufwirtschaft: Hin zu strategischer Autonomie für industrielle Arbeitsplätze und eine sauberere Umwelt“](#).
- Der Rohstoffhunger darf keinesfalls einem Neokolonialismus im globalen Süden Vorschub leisten. Wir fordern die Europäische Kommission auf, dafür zu sorgen, dass bei allen Rohstoffstrategien oder sogenannten Partnerschaften auch den Bedürfnissen und Interessen der Arbeitnehmer\*innen und Menschen in den Ursprungsländern der Rohstoffe außerhalb Europas Rechnung getragen wird. Dies muss in voller Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Übereinkommen der IAO zu den Arbeitnehmerrechten, den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung erfolgen. Konkrete Verfahren und Überwachungsmaßnahmen, einschließlich verbindlicher EU-Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht, die die Industrie in die Pflicht nehmen, müssen dies gewährleisten.
- Die EU-Rohstoffstrategie muss den Erzeugerländern einen gemeinsamen Nutzen bringen, der weit über die Arbeitnehmer\*innen der multinationalen Unternehmen, die in der Rohstoffversorgungskette tätig sind, hinausgeht, und verhindern, dass die Gewinne in die Heimatländer der Unternehmen zurückfließen und im Wesentlichen den Aktionären zugute kommen.

## Anlage 2: Netto-Null-Industrie-Verordnung

Am 16. März 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine [Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des Ökosystems für die Fertigung von Produkten mit klimaneutraler Technologie in Europa \(Netto-Null-Industrie-Verordnung\)](#). Die wichtigsten Maßnahmen betreffen die Stärkung der inländischen Produktionskapazitäten für eine Reihe von „klimaneutralen Technologien“ nach Artikel 3 und die Schaffung eines vorrangigen Status für „Vorhaben zur Fertigung klimaneutraler Technologie“ gemäß einer Liste infrage kommender Technologien im [Anhang](#) der Verordnung. Den beiden Texten ist eine eingehende [Analyse des Investitionsbedarfs und der verfügbaren Finanzmittel](#) beigefügt, um die Produktionskapazität der EU für klimaneutrale Technologien auszubauen.

Vorschlag der Kommission	Erste Analyse von industriAll Europe
<p><b>Ziel: Hochskalierung der Produktionskapazitäten für klimaneutrale Technologien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bis 2030 nähern sich die Produktionskapazitäten in der Union für die <a href="#">im Anhang aufgelisteten strategischen klimaneutralen Technologien</a> einem Richtwert von <b>mindestens 40 % des jährlichen Umsetzungsbedarfs der Union für die entsprechenden Technologien</b>, die zur Erreichung der Klima- und Energieziele der Union für 2030 erforderlich sind, oder erreichen diese.</li> <li>Definition von „klimaneutrale Technologien“: Technologien für erneuerbare Energien, Strom- und Wärmespeicherung, Wärmepumpen, Netztechnologien, Technologien für erneuerbare Brennstoffe nicht-biogenen Ursprungs, Technologien für nachhaltige alternative Brennstoffe, Elektrolyseure und Brennstoffzellen, fortgeschrittene Technologien für die Energiegewinnung aus Nuklearprozessen bei minimalem Abfall aus dem</li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine Verordnung mit dem ehrgeizigen Ziel, in Europa die Produktionskapazitäten für saubere Technologien auszubauen, die zur Erreichung der Klimaneutralität und zum Aufbau einer offenen strategischen Autonomie der EU erforderlich sind.</li> </ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die vorgeschlagenen Instrumente, die im Wesentlichen eine Aufforderung an die Mitgliedstaaten sind, Dinge zu tun, die sie in vielen Fällen bereits tun, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, scheinen nicht auf der Höhe der ehrgeizigen Ziele zu sein.</li> <li>Darüber hinaus erscheint der vorgeschlagene Zeitplan (2030) angesichts der starken Abhängigkeit in vielen Cleantech-Lieferketten sehr kurz.</li> <li>Bei der Bewertung wären detailliertere Informationen erforderlich, um Ziele festzulegen und maßgeschneiderte Strategien für bestimmte Technologien zu entwickeln. Die eine Woche nach dem Verordnungsvorschlag veröffentlichte <a href="#">Arbeitsunterlage</a> würde dafür eine gute Grundlage bieten.</li> <li>Der Kreis der „klimaneutralen Technologien“ basiert auf einer Liste, die auf Grundlage einer umfassenderen Bedarfsanalyse in allen Industriesektoren und Mitgliedstaaten erweitert werden sollte. So steht beispielsweise nachhaltiger Flugkraftstoff nicht auf der Liste, obwohl er für die europäische Luftfahrtindustrie zur Erreichung ihrer Dekarbonisierungsziele unerlässlich ist, während die USA eine Steuergutschrift für die Herstellung von nachhaltigem Flugkraftstoff in den USA vorgeschlagen haben.</li> <li>Die in der Definition aufgeführten Technologien könnten alle ausgereiften Nukleartechnologien vom Anwendungsbereich der Verordnung ausschließen, obwohl sie von mehreren Mitgliedstaaten als entscheidend für das Erreichen ihres</li> </ul>

<p>Brennstoffkreislauf, mit kleinen modularen Reaktoren und geeigneten Best-in-class-Brennstoffen, Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung sowie energiesystembezogene Energieeffizienztechnologien. Sie beziehen sich auf die Endprodukte, spezifische Komponenten und spezifische Maschinen, die in erster Linie für die Herstellung dieser Produkte verwendet werden.</p>	<p>Dekarbonisierungsziels für 2050 angesehen werden (siehe Begründung unten).</p>
<p><b>Unterstützende Rahmenbedingungen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Straffung der Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren durch „zentrale Anlaufstellen“, „Online-Zugang zu Informationen“, kürzere Genehmigungsverfahren (12 bis 18 Monate), 30-Tage-Frist für Umweltverträglichkeitsprüfung (Richtlinie 2011/92/EU, Art. 5 bis 9), bessere Integration klimaneutraler Vorhaben in die Planung</li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für strategische Industrieprojekte</li> </ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir müssen hier einen Deregulierungsschub à la „Agenda für bessere Rechtsetzung“ mit grünem Touch verhindern.</li> <li>• Es gibt keine wirkliche Strategie zur Unterstützung der mit Genehmigungsverfahren befassten nationalen und regionalen/lokalen Verwaltungen, auch nicht durch zusätzliche finanzielle Mittel.</li> <li>• Es sind strenge Schutzvorkehrungen erforderlich, um insbesondere die uneingeschränkte Wahrung der Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten.</li> <li>• Eine Umgehung der Umweltverträglichkeitsprüfung, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf Gewässer, darf nicht zugelassen werden.</li> </ul>
<p><b>Strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Mitgliedstaaten können ein Projekt als strategisches Vorhaben im Bereich der klimaneutralen Fertigung anerkennen, das den acht im Anhang aufgeführten Technologien zuzuordnen ist: Photovoltaik und Solarthermie, Onshore-Windenergie sowie erneuerbare Offshore-Energie, Batterien und Speicherung, Wärmepumpen und Geothermie, Elektrolyseure und</li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die strategischen Vorhaben im Bereich Klimaneutralität und die damit verbundenen Maßnahmen sollten die Einführung der angestrebten Technologien tatsächlich fördern.</li> <li>• Die Aufnahme sozialer Kriterien in die Auswahlkriterien für strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität.</li> </ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die vorgeschlagenen sozialen Kriterien sollten weiterentwickelt und über die strategischen Vorhaben im Bereich Klimaneutralität hinaus angewandt werden.</li> <li>• In der Liste im Anhang sind nur 8 Technologien aufgeführt. Einige könnten fehlen.</li> <li>• Auch wenn mehrere Länder beschlossen haben, aus der Kernenergie auszusteigen oder von vornherein auf sie zu verzichten, wird die Kernenergie noch viele Jahre lang eine wichtige Energiequelle für einige große</li> </ul>

<p>Brennstoffzellen, nachhaltiges Biogas bzw. Biomethan, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung sowie Netztechnologien.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität müssen mindestens eines der in Artikel 10 genannten Kriterien erfüllen.<ul style="list-style-type: none"><li>○ Beitrag zur Resilienz der Cleantech-Industrie in der EU</li><li>○ Positive Auswirkungen auf die Lieferkette der klimaneutralen Industrie in der EU (u. a. <u>„Maßnahmen zur Gewinnung, Weiterbildung oder Umschulung der für die klimaneutralen Technologien erforderlichen Arbeitskräfte, u. a. durch Lehrlingsausbildungen, in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern“</u>)</li><li>○ Zusätzliche Auswahlkriterien werden für CCS-Vorhaben festgelegt.</li></ul></li><li>• Strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität sollten vorrangig behandelt werden (nationale Top-Priorität), und es kann davon ausgegangen werden, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht.</li><li>• Die Genehmigungsverfahren für Strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität sind auf 9 bis 12 Monate (bei Erweiterung die Hälfte) und</li></ul>	<p>europäische Volkswirtschaften bleiben. Wie in den Szenarien des europäischen Klimaplanes dargelegt, wird die Kernenergie auch im Jahr 2050 noch mindestens 15 % der Energieversorgung ausmachen. Für diese Länder sollte die EU (unter umfassender Achtung der Autonomie der Mitgliedstaaten bei der Entscheidung über ihren Energiemix) Überlegungen über die künftige Entwicklung der nuklearen Wertschöpfungskette anstellen und eine Strategie für die Kernenergiepolitik entwickeln. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz sollte entsprechend angepasst werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Vorrangige Behandlung und überwiegendes öffentliches Interesse könnten beschleunigte Genehmigungsverfahren nach sich ziehen, die strenge Schutzvorkehrungen erfordern würden (siehe oben).</li><li>• Die genannten Fristen erscheinen recht ehrgeizig, vor allem, wenn keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden.</li></ul>
--	--

<p>für CCS auf 18 Monate begrenzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Zugang zu Finanzmitteln für strategische Vorhaben im Bereich Klimaneutralität wird vereinfacht und beschleunigt.</li> </ul>	
<p><b>CO<sub>2</sub>-Injektionskapazität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bis 2030 muss in der EU eine jährliche Injektionskapazität von mindestens 50 Mio. t CO<sub>2</sub> erreicht werden (ohne Kohlenwasserstoffförderung).</li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit den spezifischen Bestimmungen zu CCS werden die Grundlagentechnologien für die Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien in den Anwendungsbereich des Netto-Null-Industrie-Gesetzes einbezogen.</li> </ul>
<p><b>Zugang zu den Märkten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei öffentlichen Aufträgen für die im Anhang aufgeführten strategischen klimaneutralen Technologien müssen Nachhaltigkeit und Resilienzbeitrag bewertet werden (Artikel 19).</li> </ul>	<p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die vorgeschlagene Bewertung öffentlicher Aufträge sieht keine eindeutigen sozialen Kriterien vor, aber die EU-Leitlinien für nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe enthalten einige soziale Kriterien (<a href="https://ec.europa.eu/environment/gpp/versus_en.htm">https://ec.europa.eu/environment/gpp/versus_en.htm</a>).</li> </ul>
<p><b>Verbesserung der Kompetenzen zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einrichtung von europäischen „Net-Zero-Industry“-Akademien“.</li> <li>• Reglementierte Berufe und Anerkennung beruflicher Qualifikationen.</li> <li>• „Net-Zero Europe“-Plattform und Kompetenzen.</li> </ul>	<p><b>Punkte, die wir positiv bewerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit dem Kapitel über Kompetenzen wird die soziale Dimension des Netto-Null-Industrie-Gesetzes durch spezifische operative Bestimmungen gestärkt.</li> </ul> <p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Synergien und Mehrwert im Vergleich zu bestehenden europäischen Initiativen zu Kompetenzen (z. B. zu Batterien, erneuerbaren Offshore-Energien).</li> </ul>
<p><b>Innovation</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reallabore für klimaneutrale Technologien.</li> <li>• Maßnahmen für KMU.</li> </ul>	<p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reallabore würden strenge Schutzvorkehrungen erfordern (Vorsorgeprinzip).</li> </ul>
<p><b>Governance</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Net-Zero Europe“-Plattform zur Beratung und Unterstützung der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Netto-Null-Industrie-Gesetzes. Die Plattform wird sich aus den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission (EP als Beobachter) zusammensetzen.</li> </ul>	<p><b>Punkte, die weitere Diskussionen erfordern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Gewerkschaften sollten an der Plattform beteiligt werden, und die Stellungnahmen der sektoralen Sozialpartner aus jedem Mitgliedstaat sollten in die Plattformarbeit einfließen.</li> <li>• Netto-Null-Partnerschaften müssen die Agenda für menschenwürdige Arbeit berücksichtigen.</li> </ul>

<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Netto-Null-Industriepartnerschaften</b> zur Erleichterung des Handels mit Drittländern.</li><li>• Die <b>nationalen Energie- und Klimapläne</b> werden unter Berücksichtigung des Netto-Null-Industrie-Gesetzes aktualisiert werden müssen.</li></ul>	
--	--

### Zentrale Botschaften und Forderungen von industriAll Europe in Bezug auf die Netto-Null-Industrie-Verordnung

- IndustriAll Europe verweist auf seine in den Jahren 2021 und 2022 angenommenen Stellungnahmen zum „Fit für 55“-Paket und zur Energiekrise. Die Gewerkschaften fordern seit langem eine stärkere EU-Industriestrategie, um einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität zu gestalten und gleichzeitig heimische Produktionskapazitäten zu erhalten und auszubauen. Dies ist das beste Rezept, um Schocks und Krisen zu bewältigen. IndustriAll Europe begrüßt daher das Ziel des Netto-Null-Industrie-Gesetzes, Europa zu einem Zentrum der Fertigung grüner Technologien zu machen.
- IndustriAll Europe befürchtet jedoch, dass Europa nicht über die Instrumente verfügt, um dieses Ziel zu erreichen. Die globalen Lieferketten für Batterien und Photovoltaikanlagen sind stark auf China konzentriert, während die europäische Technologieführerschaft in der Windkraftindustrie mehr und mehr von ausländischen Unternehmen, hauptsächlich aus China, infrage gestellt wird. Die Vereinfachung von Vorschriften und die Einführung von Schnellverfahren werden nicht ausreichen, um die Produktion von sauberen Technologien in Europa zu steigern und bis 2030 40 % unseres Technologiebedarfs zu decken.
- Die Liste der strategischen klimaneutralen Technologien sollte um alle von den Mitgliedstaaten für die Erreichung ihrer Emissionsminderungsziele für 2030 und 2050 als wichtig erachteten Technologien erweitert werden, wobei der Vielfalt der nationalen Gegebenheiten und des Energiemix in Europa Rechnung zu tragen ist. Technologien für den öffentlichen Verkehr (Schienenfahrzeuge und Infrastruktur) und die sanfte Mobilität sollten ebenfalls als strategisch angesehen werden.
- Die soziale Dimension dieser Industriestrategie für klimaneutrale Technologien muss weiter ausgebaut werden, mit verbindlichen sozialen Auflagen für die Genehmigung von strategischen Vorhaben im Bereich Klimaneutralität, aber auch für Ausschreibungen und öffentliche Aufträge. Das Netto-Null-Industrie-Gesetz muss menschenwürdige Arbeit und angemessene Arbeitsbedingungen sicherstellen, die Arbeitnehmerrechte schützen, einen wirksamen sozialen Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene unterstützen und die Gewerkschaften in die Planung der Entwicklung des Sektors einbeziehen. Die soziale Dimension muss auch den Bedarf an Kompetenzverbesserung sowie allgemeiner und beruflicher Bildung berücksichtigen, einschließlich der Unterstützung oder Einrichtung geeigneter Weiterbildungsangebote und der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe durch die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen.
- Das Netto-Null-Industrie-Gesetz darf nicht zu einer Deregulierungswelle führen. Eine Umgehung der bestehenden Rechtsvorschriften darf auch bei strategischen Vorhaben nicht zulässig sein. Der Ausbau der grünen Industrie darf nicht auf Kosten von Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards

gehen. In Anbetracht des erhöhten Verknappungsrisikos aufgrund des Klimawandels sollten die möglichen Auswirkungen bestimmter Cleantech-Projekte auf Gewässer im Zuge beschleunigter Genehmigungsverfahren auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Ebenso müssen strenge Schutzvorkehrungen sicherstellen, dass die Durchführung strategischer Vorhaben die Durchsetzung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte nicht untergräbt.